

Beschluss:

1. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum 3. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat konkrete Empfehlungen zu erarbeiten, um Abläufe zu erleichtern und rasche Entscheidungen zu ermöglichen, damit auf der einen Seite Rechtssicherheit und auf der anderen Seite Förderlichkeit für Bürgerschaftliches Engagement in Abwägung gebracht werden können.
3. Das Sozialreferat wird beauftragt, mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration in Kontakt zu treten, und eine Verlängerung des Projekts SAMO.FA zu unterstützen.
4. Das Kreisverwaltungsreferat-Branddirektion wird beauftragt, zu untersuchen, welche Personal- und Sachressourcen für die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für ein verbessertes Zusammenwirken von Spontanhilfe und Katastrophenschutz notwendig sind.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.